



Presseschau vom 16.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Ankunft des iranischen Tankers in Syrien: Syrische Armee eskortiert Öllastwagen in den Libanon**

Die Ankunft des iranischen Tankers im syrischen Hafen von Baniyas erfolgt fast einen Monat, nachdem Nasrallah mitteilte, die Hisbollah werde anfangen, Erdöl aus dem Iran zu importieren, um die Treibstoffkrise im Libanon zu mildern. Infolge des Treibstoffmangels kommt es im Libanon seit Monaten zu Stromausfällen, in vielen Fällen ist die Stromversorgung für 22 Stunden am Tag unterbrochen. ...

<https://kurz.rt.com/2nqw>

de.rt.com: **Leitfaden für russische politische Parteien vor Parlamentswahlen 2021: Gerechtes Russland**

Vom 17. bis zum 19. September finden die Wahlen zur Staatsduma statt. Die Russen werden 450 Abgeordnete für die nächsten fünf Jahre wählen. Doch wofür stehen und was versprechen die Parteien? RT DE bietet einen Überblick und stellt die Partei Gerechtes Russland – Für die Wahrheit vor. ...

<https://kurz.rt.com/2nsl>

Sofia Orlova: Nach eineinhalb Jahren: Spanien und Katalonien nehmen Dialog erneut auf

Zum ersten Mal seit Februar 2020 haben sich der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez und der katalanische Regionalpräsident Pere Aragonès am Mittwoch zu einem Treffen versammelt. Das Ziel ist, den Dialog im Katalonien-Konflikt fortzusetzen.

<https://snanews.de/20210915/spanien-und-katalonien-nehmen-dialog-erneut-auf-3594344.html>

Wladislaw Sankin: Ukrainischer Neonazi spielt Hauptrolle im von Deutschland und EU geförderten Senzow-Film – Warum?

Der ukrainische Regisseur Oleg Senzow feierte bei Filmfestspielen in Venedig die Weltpremiere seines Films "Nashorn". Der Film wurde mit etwa einer Million Dollar vom europäischen Filmfonds gefördert. Die Hauptrolle spielte ein bekannter ukrainischer Neonazi und Straftäter. ...

<https://kurz.rt.com/2nmp>

de.rt.com: Nach spektakulärem Gefängnisausbruch: Palästinensische Häftlinge treten in Hungerstreik

Letzte Woche waren sechs militante Palästinenser spektakulär durch den mit einem Löffel selbst gegrabenen Tunnel aus dem angeblich sichersten Gefängnis Israels entkommen. Israelische Sicherheitskräfte konnten inzwischen vier von ihnen wieder fassen. Palästinenser befürchten nun, dass die Gefangenen bei den Verhören psychischer und körperlicher Gewalt ausgesetzt werden. ...

<https://kurz.rt.com/2nsa>

abends/nachts:

de.rt.com: Chinesischer Diplomat: US-Verbrechen in Afghanistan müssen gründlich untersucht werden

Vor dem für Menschenrechte zuständigen Organ der Vereinten Nationen wirft eine Gruppe von Staaten den USA, die gerne selbst andere Staaten bezüglich ihrer Menschenrechtspolitik belehren, schwere Verbrechen und Verstöße gegen die Menschenrechte vor.

Trotz des Abzuges der Streitkräfte der Vereinigten Staaten aus Afghanistan müssten die Verbrechen der USA dort – etwa die Tötung von Zivilisten durch die US-Armee und ihre Verbündeten – gründlich untersucht werden. Das forderte Jiang Duan, ein Diplomat der chinesischen Vertretung bei den Vereinten Nationen, wie der chinesische Sender CGTN berichtete. Der chinesische Diplomat forderte zudem, die an den mutmaßlichen Verbrechen Beteiligten zu bestrafen.

Jiang trug diese Forderungen im Rahmen einer Erklärung einer Gruppe von Staaten am zweiten Tag der 48. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates vor. Von den USA geführte Kriege hätten laut dieser Erklärung "enorme" Verluste unter Zivilisten verursacht und viele Menschen zur Flucht gezwungen.

Jiang sagte:

"Der drastische Wandel in Afghanistan zeigt einmal mehr, dass Militärintervention und Machtpolitik keine Unterstützung finden."

Anderen eine Demokratie nach US-amerikanischem Vorbild aufzwingen zu wollen, werde nur zu Chaos und Aufruhr führen und sei zum Scheitern verurteilt.

In der Erklärung bringen die beteiligten Staaten zudem ihre Sorge über bereits lange andauernde Menschenrechtsprobleme in den Vereinigten Staaten selbst zum Ausdruck. Sie riefen den Menschenrechtsrat und den Hohen Kommissar für Menschenrechte auf, sich mit dieser Schieflage zu befassen.

In der Erklärung wird dabei kritisiert:

"Unter Missachtung des Rechts auf Leben und des Rechts auf Gesundheit der Bevölkerung

haben die USA, obwohl sie über die fortschrittlichsten medizinischen Geräte und Technologien verfügen, die meisten COVID-19-Fälle und Todesfälle weltweit zu verzeichnen."

Statt sich mit aller Kraft auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie zu konzentrieren, sei die US-Regierung besessen von der politischen Manipulation hinsichtlich von Fragen wie etwa nach dem Ursprung des Coronavirus. Washington beabsichtige, die Schuld auf andere Staaten abzuschieben und sich um die Verantwortung für sein eigenes Versagen zu drücken.

Die Erklärung verweist darauf, dass es in den Vereinigten Staaten systematischen Rassismus und rassistische Diskriminierung schon seit Langem und noch immer gibt. Afro-Amerikaner, US-Bürger mit asiatischem Hintergrund, Muslime und Angehörige anderer Minderheitengruppen seien weiterhin von Diskriminierung und Misshandlung betroffen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6141c04db480cc74367cc06d.jpg>

dan-news.info: Für DVR-Bürger mit russischer Staatsangehörigkeit werden am Wahltag 825 Busreisen und 12 Sonderzüge organisiert, um zur Beteiligung an der Duma-Wahl in die Oblast Rostow zu fahren. Die Anmeldung dazu läuft über eine einheitliche Telefonnummer. Bürger der DVR können in 15 Wahllokalen in der Oblast Rostow wählen.

snanews.de: 250 internationale Beobachter sollen Duma-Wahl in Russland überwachen
Beobachter aus 55 Ländern und zehn internationalen Organisationen werden laut der Leiterin der Zentralen Wahlkommission Russlands, Ella Pamfilowa, die Abstimmungen zur Staatsduma in Russland überwachen. Insgesamt soll es 96.000 Wahllokale auf dem russischen Territorium und 348 Wahllokale im Ausland geben.

„Zu uns kommen Vertreter von 55 Staaten und zehn internationalen Organisationen sowie von 34 nationalen Parlamenten und 36 nationalen Wahlgremien. Alle haben den Status internationaler Beobachter, das betone ich... Das sind keine Experten“, sagte Pamfilowa.

„Es gibt jetzt 249 internationale Beobachter mit dem Status, aber sicher werden es 250 sein“, fügte die Kommissionschefin hinzu.

Insgesamt 96.000 Wahllokale werden ihr zufolge früh am 17. September auf dem Territorium Russlands eröffnet. 2500 davon würden an Orten des vorübergehenden Aufenthalts von Wählern (unter anderem Krankenhäuser, Bahnhöfe, Flughäfen, Gefängnisse – Anm. d. Red.) gebildet.

Pamfilowa erklärte, dass die Wähler auch in Corona-Krankenhäusern abstimmen können:

„Auch in den ‚roten Zonen‘ organisieren wir solche Bereiche, da es mehrere Anträge seitens medizinischen Personals und von Patienten gab“, sagte sie.

Im Ausland werden 348 Wahllokale in 144 Ländern sowie sieben Wahllokale in der Stadt Baikonur in der Republik Kasachstan eröffnet.

Insgesamt werden 5832 Kandidaten an den Wahlen zur Staatsduma teilnehmen.

Die breitesten Listen gehören, so Pamfilowa, Einiges Russland , der Kommunistischen Partei Russlands und der liberalen Partei Neue Leute.

Die Abstimmungen zur Duma in Russland finden dieses Jahr vom 17. bis 19. September statt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/0f/3592994_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_6ac9caad17ee12322fd7a037a0d33b07.jpg

de.rt.com: **EU-Militäreinsätze unabhängig von der NATO? – Von der Leyen will Aufrüstung der EU**

Gegen globale Krisen und Sicherheitsbedrohungen muss sich die Europäische Union nach Ansicht der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besser militärisch schützen. Nach dem chaotischen Abzug aus Afghanistan solle die EU über ihre eigenen Verteidigungskapazitäten verfügen.

Den Vorschlag für eine schnelle EU-Eingreiftruppe gab es bereits in den 1990er Jahren. Seit dem Jahr 2007 gibt es EU-Kampftruppen, an denen Soldaten aus den Mitgliedsstaaten teilnehmen. Pro Halbjahr gibt es zwei Kampftruppen für Erstmissionen in einer Krisenregion. Der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reicht dies nicht aus.

Am Mittwoch präsentierte von der Leyen ihre Rede zur Lage der Union im Europäischen Parlament in Straßburg. Den Auftakt machte das Thema Pandemie. Ihre Rede begann mit den Worten:

"Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihr Leben pausiert, während die Welt im Schnelldurchlauf weiterläuft. Die Geschwindigkeit der Ereignisse und die Größe der Herausforderungen sind manchmal schwer zu begreifen."

In der größten globalen Gesundheitskrise dieses Jahrhunderts, habe die EU brilliert und sichergestellt, dass alle Mitgliedsländer den gleichen Zugang zu den lebensrettenden Vakzinen erhalten haben.

Den Afghanen sprach sie im Namen der EU ihre Unterstützung aus. Besonders denjenigen Richterinnen, die nun Angst vor den Männern haben, zu deren Verurteilung sie verholten hatten. Man werde das Land weiter humanitär unterstützen. Hierzu werden 100 Millionen Euro bereitgestellt.

In enger Zusammenarbeit mit der NATO will sie die Stärke des Bündnisses auch militärisch weiter ausbauen. In Zukunft soll die EU führend in der Cybersicherheit werden und an Einsätzen partizipieren, die nicht im Rahmen der NATO oder der UN stattfinden:

"Es ist an der Zeit, dass Europa die nächste Stufe erklimmt."

Dabei verwies sie auf die Verteidigungskonferenz im kommenden Jahr in Frankreich. Der französische Präsident Emmanuel Macron spricht sich bereits länger für die Schaffung einer EU-Truppe aus. Nach Ansicht der EU-Kommissionspräsidentin fehle es bislang nicht an Kapazitäten, aber an fehlendem politischen Willen.

Die USA hatten in einem Abkommen mit den Taliban den Abzug ihrer und aller ausländischen Truppen besiegelt. Die Machtübernahme der Taliban folgte schier unbegrenzt. Der erzwungene Abzug hatte eine gemeinsame EU-Verteidigungstruppe erneut in das Zentrum der Diskussion gerückt.

Auch die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer teilt die Ansicht ihrer Vorgängerin von der Leyen. Die Union sollte ihrer Meinung nach ein "strategischer Akteur" werden, "mit dem man rechnen muss". Gegen Ende des Jahres werde NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine gemeinsame EU-NATO-Deklaration präsentieren: "Aber das ist nur ein Teil der Gleichung. Europa kann – und sollte eindeutig – in der Lage und willens sein, aus eigener Kraft mehr zu tun. Aber wenn wir mehr tun wollen, müssen wir zunächst erklären, warum."

Man müsse erstens für mehr Stabilität in der europäischen Nachbarschaft und in verschiedenen Regionen sorgen. Auch entwickle sich die Art der Bedrohungen weiter. Diese reichten von hybriden oder Cyberangriffen bis hin zum wachsenden Wettrüsten im Weltraum: "Der dritte Grund ist, dass die Europäische Union ein einzigartiger Sicherheitsanbieter ist. Es wird Missionen geben, bei denen die NATO oder die UNO nicht anwesend sein werden, bei denen aber die EU dabei sein sollte."

Von der Leyen blickt positiv in die Zukunft der Europäischen Union. Auf Twitter schrieb sie: "Wenn ich mir die Lage der Union ansehe, dann sehe ich in allem, was wir tun, eine starke Seele. In der Jahrhundertkrise haben wir uns entschieden, es gemeinsam zu tun. Als ein Europa. Das nächste Jahr wird eine weitere Bewährungsprobe sein."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6142077f48fbef05fb2f1314.jpg>

de.rt.com: **Lawrow: EU-Bürokratie behindert Gaslieferungen über Nord Stream 2 nach Europa**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat mitgeteilt, der Start von Nord Stream 2 sei erst Anfang 2022 möglich. Ihm zufolge verhindert die EU-Bürokratie den Start der Gaspipeline. Darüber hinaus sagte Lawrow anhaltende Angriffe auf das Projekt seitens seiner Gegner voraus.

„Es wird in naher Zukunft nicht möglich sein, eine Genehmigung für den Start von Nord Stream 2 zu erhalten, dies ist ein langsamer Prozess.“ Das hat der russische Außenminister Sergei Lawrow mitgeteilt.

Damit dementierte der russische Minister Berichte über einen möglichen bevorstehenden Beginn der Versorgung über die Gaspipeline. Ihm zufolge werde es noch lange dauern, alle Hindernisse seitens der deutschen Regulierungsbehörde zu beseitigen. Vielleicht werde dieses Verfahren erst Anfang 2022 abgeschlossen sein. Darüber hinaus sagte Lawrow anhaltende Angriffe auf das Projekt seitens seiner Gegner voraus. Der Chef des russischen Außenministeriums erörterte:

"Jetzt läuft der Prozess, die erforderlichen Genehmigungen von der deutschen Regulierungsbehörde einzuholen. Der Prozess ist nicht schnell, er soll Anfang 2022 enden." Anfang September gab es Berichte, dass die Gaslieferungen über Nord Stream 2 am 1. Oktober beginnen könnten. Allerdings sagte Fiete Wulff, ein Sprecher der Bundesnetzagentur (BNetzA), am 13. September, dass die Prüfung der Unterlagen für die Zertifizierung zwei bis vier Monate dauern könnte, wenn es keine zusätzlichen Schwierigkeiten mehr gebe.

Die ukrainischen Behörden drängen darauf, das Zertifizierungsverfahren für die Gaspipeline so weit wie möglich zu erschweren. Der leitende Berater für Energiesicherheit des US-Außenministeriums, Amos Hochstein, wiederum versprach, Washington werde das Verfahren genau verfolgen.

Vor diesem Hintergrund steigen die Gaspreise in Europa weiter stark an. Am 14. September haben sie die Marke von 675 Euro pro Tausend Kubikmeter überschritten, tags darauf wurden 720 Euro erreicht.

Zuvor hatten die russischen Behörden und Vertreter von Gazprom wiederholt erklärt, dass die Lieferungen über Nord Stream 2 vor Ende 2021 beginnen könnten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/614216aa48fbef04f5796f0c.jpg>

snews.de: **Johnson baut Kabinett um: Liz Truss löst Dominic Raab im Außenamt ab**

Mit einer seit langem erwarteten Kabinettsumbildung hat der britische Premierminister Boris Johnson seine Regierungsmannschaft am Mittwoch neu aufgestellt. Den aufsehenerregendsten Wechsel gibt es nach Angaben von Downing Street im Außenministerium.

Der bisherige Ressortchef Dominic Raab wechselt ins Justizministerium. Zudem werde der 47-Jährige zu Johnsons Stellvertreter und zum Lord Chancellor berufen, schrieb das Kabinett im Kurznachrichtendienst Twitter.

Seine Nachfolge soll die bisherige Handelsministerin Liz Truss antreten. Die 46-Jährige gilt als Liebling der konservativen Basis und machte sich mit dem erfolgreichen Abschluss mehrerer internationaler Handelsabkommen nach dem Brexit einen Namen.

Raab hatte in den vergangenen Wochen heftig in der Kritik gestanden, weil er während des chaotischen Rückzugs westlicher Truppen aus Afghanistan nur zögerlich aus dem Urlaub zurückkehrte. Die Versetzung ins Justizministerium gilt als Degradierung. Bewährt hatte sich in der Afghanistan-Krise hingegen Verteidigungsminister Ben Wallace - er darf seinen Posten behalten.

Mehrere Altminister behalten ihre Ämter

Keinen Wechsel gibt es an den Spitzen im Finanz- und Innenministerium. Schatzkanzler Rishi Sunak und Innenministerin Priti Patel bleiben im Amt. Auch für Wirtschaftsminister Kwasi Kwarteng, Verkehrsminister Grant Shapps und den Brexit-Beauftragten David Frost geht es wie gewohnt weiter.

Ihre Posten räumen mussten der bisherige Justizminister Robert Buckland sowie

Bildungsminister Gavin Williamson und Wohnungsbauminister Robert Jenrick. Bei der Kabinettsumbildung gehe es darum, ein starkes und vereintes Team zusammenzustellen, um die Erholung von der Pandemie besser voranzutreiben, sagte ein Regierungssprecher. Ein regelmäßiger Umbau des Kabinetts ist in Großbritannien üblich und gilt als Instrument für den Premierminister, seine Autorität zu festigen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/0f/3593336_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_479f205a4892b41057f30061d4d74ebe.jpg

de.rt.com: Chef der Kommunistischen Partei Russlands: Kluft zwischen Arm und Reich schlimmer als in Afrika

Gennadi Sjuganow, der langjährige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Russlands, sagte in einem Gespräch mit RT, seine Partei wolle gegen die enorme Vermögensschere vorgehen. Die Kluft zwischen Arm und Reich sei in Russland schlimmer als in jedem afrikanischen Land.

Sjuganow sagte im Gespräch mit RT, die Kommunistische Partei Russlands (KPRF) wolle Hilfgelder an alle Bürger auszahlen, die nur knapp über die Runden kommen. Das Existenzminimum soll auf mindestens 25.000 Rubel (knapp 300 Euro) erhöht werden. Das Land habe genug Ressourcen dafür, eine entsprechende Entscheidung könne "bereits morgen" gefällt werden.

Zudem kritisierte Sjuganow den immens hohen Kapitalabzug aus Russland. Dieser müsse gestoppt werden, betonte er. Die Oligarchie habe alles ins Ausland mitgenommen. Ihm zufolge könnte es viel mehr wohlhabende Menschen geben, wenn alle ihre Steuern ordnungsgemäß zahlen würden.

Außerdem sei es für seine Partei wichtig, die Produktion zu fördern. Man wolle alle Zweige der Klein- und Mittelbetriebe unterstützen. Derzeit sei diese Förderung extrem schwach und liege bei ungefähr vier Prozent. Sjuganow führte als Beispiel Deutschland an, wo dieser Wert bei etwa 30 Prozent liegt.

Der 77-Jährige bemängelte zudem, die Kluft zwischen Arm und Reich sei in Russland enorm und schlimmer als in jedem afrikanischen Land. Er erinnerte daran, dass die soziale Ungleichheit in der Sowjetunion nicht so groß war. Damals hätten zehn Prozent der Einkommensstärksten etwa viermal mehr als zehn Prozent der Einkommenschwächsten verdient. Heute liege dieser Wert bei vierzehn Prozent. Dies müsse schnell geändert werden. Die KPRF wurde im Jahr 1993 gegründet. Bei Wahlen liegt sie traditionsgemäß an zweiter Stelle hinter der Regierungspartei Einiges Russland. Neben den Duma-Wahlen stellt die Partei bei den Präsidentschaftswahlen einen eigenen Kandidaten. Das beste Ergebnis erzielte im Jahr 1996 Gennadi Sjuganow, als er den zweiten Wahlgang erreichte, in dem er schließlich gegen Boris Jelzin verlor.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6141b6df48fbef3f5442cfeb.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. September 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. September 3:00 Uhr bis 16. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 25.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Putin: "Einige Dutzend Menschen erkrankten in meinem Umfeld an Corona"

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag erklärt, in seinem persönlichen Umfeld hätten sich nicht ein oder zwei, sondern einige Dutzend Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Er müsse nun für einige Tage in Selbstisolation bleiben.

Putin nahm am Donnerstag per Videoschalte am Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) teil und sagte:

„Sie wissen, dass ich meinen Besuch nach Duschanbe leider im letzten Moment absagen musste. Es tut mir sehr leid. Dies liegt daran, dass in der unmittelbaren Umgebung, wie Sie wissen, Corona-Fälle festgestellt wurden. Es handelt sich nicht um einen oder zwei, sondern

um einige Dutzend Menschen.“

Er müsse nun mehrere Tage lang in Selbstisolation bleiben, fügte Putin hinzu.

Russlands Staatsoberhaupt begab sich am 14. September in Selbstisolation und musste seine Reise nach Duschanbe zum OVKS-Gipfel absagen. Laut Kremlsprecher Dmitri Peskow habe Putin nach seiner Impfung mit Sputnik V allerdings weiterhin hohe Antikörpertiter. Peskow sagte, das Staatsoberhaupt fühle sich großartig und sei absolut gesund. Er werde mindestens eine Woche in Selbstisolation bleiben. Bei den Infizierten handele es sich hauptsächlich um Angestellte in Putins beruflichem Umfeld einschließlich des Sicherheitspersonals.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6142f825b480cc64350476c5.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. September um 9:00 Uhr 10.765 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 8354 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 1085 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 15. September wurden in der DVR 969 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 433 positiv, bei 96 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 16. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 61.400 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7629 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 49.251 als gesund entlassen, es gibt 4520 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 263 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 27 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 181 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2791 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 978 mit Sauerstoffunterstützung (+91 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Nordkorea testet erstmals Raketenzug**

Nordkorea hat am Mittwochmorgen nach eigenen Angaben erstmals ein bahngestütztes Raketenystem getestet. Nach Informationen der Staatsagentur KCNA feuerte eine auf einem Zug stationierte Abschussrampe zwei ballistische Kurzstreckenraketen Richtung Japanisches Meer ab.

Die Raketen legten demnach eine Strecke von 800 Kilometern zurück, bevor sie ein Zielgebiet im Meer vor der Ostküste des Landes erreichten. Ziel der Übung sei es gewesen, „die Einsatzbereitschaft der mobilen Abschussrampe, die erstmals im Einsatz war, auf einem

Zug zu erproben“.

Nach Angaben des Portals Kcnawatch nahm ein Eisenbahn-Raketenregiment an dem Test teil. Die Einheit sei in den frühen Morgenstunden in eine Bergregion im Inland verlegt worden und hätte von dort aus die Raketen abgefeuert. Die Soldaten hätten den Befehl, eine Zielregion in 800 Kilometer Entfernung im Meer zu treffen, erfüllt.

Das bahngestützte mobile Raketensystem sei „ein wirksames Mittel des Gegenangriffs“ und ermögliche, gleichzeitig mehrere Schläge durchzuführen, sagte der Sekretär der regierenden Arbeiterpartei Pak Jong Chon, der die Übung leitete.

Das neue Waffensystem sei im Zuge der Modernisierung der Armee entstanden und stärke das Abschreckungspotenzial des Landes, sagte Pak laut Kcnawatch. Er rief die Streitkräfte dazu auf, ihre taktischen Pläne zu überarbeiten, um das bahngestützte Raketensystem unter den „geographischen Gegebenheiten“ Nordkoreas einsetzen zu können. Das beteiligte Raketenregiment solle künftig in eine Raketenbrigade transformiert werden.

Weiteren Berichten zufolge flogen die beiden Raketen in einer Höhe von mindestens 60 Kilometern. Staatschef Kim Jong Un wohnte dem Test nicht bei.

Am Mittwoch hatte Tokio einen Raketentest in Nordkorea gemeldet. Später teilte das südkoreanische Militär mit, Nordkorea habe zwei Kurzstreckenraketen in Richtung offenes Meer abgefeuert.

Am Wochenende hatte Nordkorea bereits Marschflugkörper größerer Reichweite getestet und sich damit Kritik aus Seoul eingehandelt. Südkoreas Präsident Moon Jae In warf dem Nachbarland eine „Provokation“ vor. Nordkoreas Raketenprogramme lösen international Besorgnis aus, nachdem sich das abgeschottete Land 2005 zur Kernwaffenmacht erklärt und mehrere Atomtests durchgeführt hat.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/02/1542350_0:348:3023:2048_1920x0_80_0_0_6a6fa68fbfb794f3a006a61d80ee11cd.jpg

Dnronline.su: Der Präsident der Republik Belarus Alexandr Lukaschenko hat einen Erlass unterschrieben, dass die Erholung für Kinder aus der DVR im Nationalen Kinderbildungs- und -erholungszentrums „Subrenok“ organisiert wird. Dies teilte der stellvertretende Vorsitzende der Regierung der DVR Wladimir Antonow mit.

Am Mittwoch, dem 15. September, sind 150 Kinder in Minsk eingetroffen, wo sie vom Teilnehmer an den Paralympischen Spiele in Tokio Alexej Talaj begrüßt wurden.

Für die Kinder werden neben Erholung und Kur auch Unterricht und Exkursions- und Kulturveranstaltungen an bekannten Orten der Republik Belarus organisiert.

Dan-news.info: Aufruf des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zu den bevorstehenden Wahlen in Russland

Liebe Landsleute!

Vom 17. bis 19. September werden in der Russischen Föderation die Wahlen zur Staatsduma stattfinden. Für die Einwohner des Donbass ist das ein bedeutsames und lang erwartetes Ereignis. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Integration des Donbass in die RF. Sieben Jahre lang haben wir mit der Waffe in der Hand gekämpft und kämpfen weiter für unsere Freiheit und das Recht russisch zu sein, das Recht in unserer Muttersprache zu sprechen und zu denken, unsere Geschichte zu ehren und unsere Kinder zu erziehen. Wir kämpfen für unser Haus, wo die russische Kultur und die multinationalen Traditionen große vereinigende Werte sind.

Wir sind Bürger Russlands und wir werden mit jedem Tag mehr. Uns ist das Schicksal unseres großen Landes teuer und sehr wichtig, auf welchem Weg seine Entwicklung erfolgt.

Zum ersten Mal haben russische Bürger, die in der DVR leben, an der allrussischen Abstimmung zur Frage der Billigung von Änderungen in der Verfassung der RF teilgenommen. Jetzt steht uns bevor, unsere Position bei den Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma zu äußern.

Wir können sowohl digital von Computer und Smartphones aus wählen als auch persönlich in Wahllokale in der Oblast Rostow fahren. Die Republikanischen Behörden haben 825 Busfahrten und 12 Passagierzüge organisiert. Für die, die zum Wählen in die Oblast Rostow fahren, ist eine erleichterte Grenzkontrolle vorgesehen. Dazu muss man sich rechtzeitig bei der einheitlichen Telefonnummer 357 anmelden oder in den Informationszentren oder in den Verwaltungen Ihrer Städte und Bezirke.

Dort können sie auch jegliche Beratung zu Fragen der Organisation der Abstimmung erhalten. Ich rufe Sie auf bei den Wahlen zum Staatsduma zu wählen! Die ist eine Bürgerpflicht jedes Bürgers Russlands. Das ist die Sorge um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Heimat und die Zukunft unserer Kinder.

Ich werde mein Recht auf jeden Fall nutzen.

Wir entscheiden, wie morgen unser Haus – Russland – sein wird!

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Mitteilung der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination**

Heute um 6:42 Uhr und um 9:16 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer auf die **Vorstadt von Jelenowka** eröffnet und 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde das Haus in Uliza Perejesdnaja 70 beschädigt, in dem sich zwei Kinder befanden: 12 Jahre alt und ein 2021 geborenes Kind. Zum Glück wurden die Kinder nicht verletzt.

Außerdem wurden folgende Wohnhäuser beschädigt:

Uliza Perejesdnaja 67 (Fassade, Veranda, Auto);

Uliza Perejesdnaja 70 (Fassade, Fensterverglasung, Auto vernichtet);

Uliza Perejesdnaja 78 (Wirtschaftsgebäude).

Eine operative Beobachtergruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort, um die Art der Schäden zu untersuchen und die Folgen der Beschüsse zu erfassen.

nachmittags:

snanews.de: **EU-Parlament fordert neue Russland-Strategie**

Das EU-Parlament hat in einem Russland-Bericht einen Strategiewechsel gegenüber Moskau gefordert. Die EU soll sich gegen die „aggressive Politik“ des Kremls wehren und gleichzeitig den Grundstein für eine Zusammenarbeit legen, heißt es im Papier, das am Donnerstag mit 494 Stimmen bei 103 Gegenstimmen und 72 Enthaltungen angenommen wurde.

Darin wird die Europäische Union aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den USA und anderen gleichgesinnten Partnern ein Bündnis aufzubauen, um für ein „Gegengewicht zu den Anstrengungen Russlands und Chinas zur Schwächung der Demokratie weltweit und Destabilisierung der europäischen Ordnung“ zu sorgen. Sie sollte Sanktionen, Maßnahmen gegen illegale Finanzströme und Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger vorsehen. Außerdem müsse die EU die Länder der so genannten „Östlichen Partnerschaft“ wie die Ukraine oder Georgien weiterhin unterstützen und europäische Reformen und Grundfreiheiten in der Region fördern.

In dem vom litauischen Abgeordneten Andrius Kubilius vorgelegten Text heißt es weiter, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischem Gas, Erdöl und anderen Rohstoffen verringern müsse, zumindest während der Amtszeit von Präsident Putin. Der europäische Grüne Deal und die Förderung neuer Ressourcen sollen dabei eine entscheidende geopolitische Rolle spielen.

Die Abgeordneten fordern, dass die EU Kapazitäten aufbaut, um die „Ströme schmutzigen Geldes aus Russland aufzudecken“. Zugleich betonen sie, dass eine demokratische Zukunft für Russland möglich sei und dass der EU-Rat eine Strategie für dieses Szenario annehmen müsse.

Abschließend fordern die Parlamentarier, dass die EU bereit sein müsse, das russische Parlament nicht anzuerkennen, wenn festgestellt werden sollte, dass die in dieser Woche anstehende Parlamentswahl „von Betrug geprägt war und unter Verstoß gegen demokratischer Grundsätze und das Völkerrecht durchgeführt wurde“.

„Russland kann durchaus eine Demokratie sein, und die Verteidigung der Demokratie in den Beziehungen der EU zu Russland ist unsere oberste Priorität“, sagte Kubilius nach der Abstimmung.

„Wenn festgestellt wird, dass die Parlamentswahlen in dieser Woche in Russland von Betrug geprägt sind, sollte die EU die russische Duma nicht anerkennen und den Ausschluss des Landes von internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich der des Europarates, fordern.“

Der Kreml reagierte mit Bedauern auf den Bericht des EU-Parlaments.

„Darin geht es nicht darum, einen Dialog in die Wege zu leiten (...) und die bestehenden Probleme durch einen Austausch auf verschiedenen Ebenen und Kanälen zu lösen“, sagte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Donnerstag.



https://cdn.snane.de/img/07e4/0c/02/52515_0:0:3077:1731_1920x0_80_0_0_2b2b0b70f67fcd95c0c5de6a465e1f50.jpg

mzdnr.ru: Die epidemiologische Lage bezüglich der Coronavirusinfektion in der Republik bleibt weiter angespannt, deshalb werden systematisch neue Krankenhausbasen zur Behandlung von Patienten mit Covid-19 eingerichtet.

Derzeit gibt es 38 Krankenhausbasen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, um Coronavirusinfektionen zu behandeln, einschließlich der Rehabilitation nach einer überstandenen Infektion.

Aufgrund der festzustellenden Zunahme der Erkrankungen sind die Krankenhausbasen praktisch zu 100% belegt, was die Last für die Mediziner erheblich erhöht und so die ohnehin komplizierten Bedingungen, unter denen sie seit anderthalb Jahren arbeiten, verschlechtert. Die Mehrzahl der stationär eingelieferten Patienten ist nicht gegen Covid-19 geimpft. Die Impfung hilft, einen schweren Verlauf und Komplikationen zu vermeiden und damit eine Behandlung auf der Intensivstation. Eine Impfung kann in der Republik jeder ab 18 Jahren, wenn es keine Gegenanzeigen gibt, erhalten.

Das Gesundheitsministerium ruft jeden Bürger der Republik auf, sich bewusst und verantwortungsvoll gegenüber seiner Gesundheit und der der ihn umgebenden Menschen zu verhalten, einen persönlichen Beitrag zum Kampf gegen die Pandemie zu leisten. Wenn wir einfach sanitäre und hygienische Empfehlungen, wie das Tragen von Masken an öffentlichen Orten, die Einhaltung einer sozialen Distanz, die Lüftung von Räumen einhalten, beschleunigen wir den Prozess der Rückkehr zum vorherigen Leben.

snews.de: **Stark und einflussreich: Putin verrät, welches Parlament Russland braucht**

Im Vorfeld der Staatsduma-Wahl hat der russische Präsident Wladimir Putin nahegelegt, wie das staatliche Parlament aus seiner Sicht aussehen sollte. In seiner in der Nacht zum Donnerstag auf der Kreml-Website veröffentlichten Ansprache wandte er sich an seine Bürger, um die Wichtigkeit der hohen Wahlbeteiligung hervorzuheben.

In seiner Videoansprache an die Bürger erklärte Wladimir Putin unter anderem den „höchsten Sinn“ der Wahlen. Seines Erachtens nach besteht dieser im Ausdruck des Willens der Russen als „Hauptquelle der Macht“ und in der Verwirklichung der verfassungsmäßigen Bürgerrechte für die Entwicklung des Landes, die „wir alle souverän sehen wollen“.

Darüber hinaus machte der russische Präsident die Bürger auf die rasanten und unvorhersehbaren Veränderungen der heutigen Welt aufmerksam, die zwar neue Herausforderungen schufen, aber auch neue, breite Möglichkeiten eröffneten. Diesen Herausforderungen könne man, so Putin weiter, nur dann gerecht werden, wenn der Staat, die Gesellschaft und die Bürger in Übereinstimmung miteinander handeln würden.

Das Staatsoberhaupt merkte an, dass vieles in Zukunft vom konstruktiven Zusammenwirken von legislativer und exekutiver Gewalt abhängen werde. Demnach bezeichnete Putin die Wahl der neuen Zusammensetzung der Duma, des Unterhauses des russischen Parlaments, als „wichtigstes Ereignis im Leben unserer Gesellschaft und unseres Landes“.

„Es braucht ein starkes und einflussreiches Parlament, damit die Abgeordneten der neu gewählten Duma im Interesse Russlands und unseres Volkes handeln, ihre Arbeit für die Menschen verrichten würden. Damit man sich auf sie wie auf Russlands Patrioten verlassen könnte, die durch ihr entschlossenes und konsequentes Handeln gewährleisten, dass die nationalen Interessen in allen Bereichen zur Geltung kommen.“

Unterdessen hob der russische Präsident hervor, dass alle an verantwortungsbewussten, tätigen, einflussreichen Menschen im Parlament interessiert seien, die ihr Wort halten, ihren Versprechen Taten folgen lassen sowie den Hoffnungen und Vertrauen ihrer Bürger gerecht werden könnten.

Die Arbeit in der Staatsduma sei, so Putin, eine äußerst schwierige Tätigkeit, die Populismus und leeres Gerede ausschließe und höchste Professionalität erfordere.

Am Ende seiner Ansprache betonte der Präsident, dass er mit einer verantwortungsvollen und patriotischen Position der russischen Bürger rechne sowie mit ihrem Wunsch, Abgeordnete zu wählen, die sich „für das Gute und im Namen unseres geliebten Vaterlandes“ einsetzen würden – „im Interesse unseres Volkes und jedes Bürgers Russlands“.

Internationale Beobachter bei Duma-Wahl

Zuvor hatte die Leiterin der Zentralen Wahlkommission Russlands berichtet, dass Beobachter aus 55 Ländern und zehn internationalen Organisationen die Abstimmungen zur Staatsduma in Russland überwachen werden. Insgesamt soll es 96.000 Wahllokale auf dem russischen Territorium und 348 Wahllokale im Ausland geben.

Im Ausland werden demnach 348 Wahllokale in 144 Ländern sowie sieben Wahllokale in der Stadt Baikonur in der Republik Kasachstan eröffnet.

Die Abstimmungen in der Duma und andere Wahlen finden dieses Jahr vom 17. bis 19.

September statt. Die Staatsduma wird nach einem gemischten Wahlsystem für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.

Vertreten sind vierzehn Parteien, darunter „Einiges Russland“, die Kommunistische Partei, die Liberaldemokratische Partei, „Ein gerechtes Russland“ und andere.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/03/2710584_0:101:3280:1946_1920x0_80_0_0_27d9a07c9c1149b4380c838c39ce35ec.jpg

Dnronline.su: Heute, am 16. September, haben Mitarbeiter der Elektrizitätswerke aus dem Telmanowo-Bezirk einen Transformator ausgetauscht, der die Einwohner der Siedlung Nowaja Laspa versorgt. Wie das Kohle- und Energieministerium der DVR mitteilt, wurde die **Reparaturbrigade** bei der Durchführung der Arbeiten **aus Richtung der ukrainischen Positionen** beschossen.

„Dabei wurden die Energietechniker mit 82mm-Mörsern beschossen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind. Zum Glück detonierten die Geschosse etwa 150m vom Arbeitsort entfernt. Mitarbeiter der einer operativen Gruppe der Elektrizitätswerke zogen die Reparaturbrigade aus der Gefahrenzone ab. Niemand wurde verletzt“, teilte der Leiter der operativen Gruppe Pjotr Tschaschtschin mit.

Der Beschuss erfolgte, als die Montage des Transformators schon abgeschlossen war, es wurden Einstellungsarbeiten durchgeführt. Die Haushaltsverbraucher von Nowaja Laspa haben wieder Strom. Die Stromversorgung der Ortschaft verläuft normal.

Außerdem wurde heute morgen in der Folge eines Beschusses der BFU im Gebiet des Abakumow-Bergwerks eine Hochspannungsleitung durchschlagen, eine Verteilungsunterstation ist ausgefallen. Energietechniker haben in kürzester Frist auf eine Reservequelle umgeschaltet, alle betroffenen Verbraucher haben wieder Strom.

de.rt.com: **Russisches Parlament droht US-Tech-Konzernen mit noch höheren Geldstrafen**

Die russische Staatsduma hat damit gedroht, die Geldbußen für IT-Unternehmen zu erhöhen, falls sie weiterhin die Anordnungen der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor ignorieren. In den vergangenen Wochen erhielten Google, Facebook und Twitter hohe

Geldstrafen.

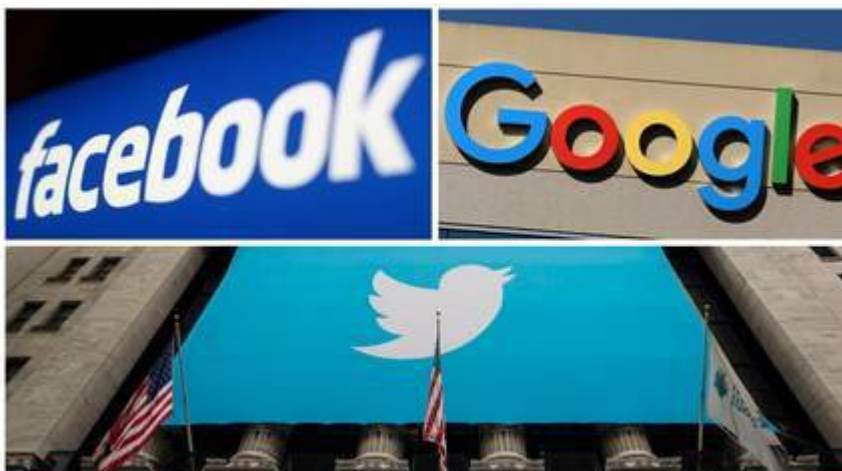
Russlands Parlament erwägt eine weitere Erhöhung der Geldstrafen gegen bestimmte IT-Unternehmen. Laut Wassili Piskarjow, dem Vorsitzenden der Duma-Kommission zur Untersuchung ausländischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands, kam die Idee vor allem durch das Verhalten von Google zustande. Das Unternehmen hatte sich wiederholt geweigert, die von den Behörden verhängten Geldstrafen zu zahlen. Piskarjow teilte in einer Erklärung mit:

"Das Management des Unternehmens entzieht sich schamlos der Beantwortung der erhobenen Vorwürfe und ist bereit, Geldstrafen in Millionenhöhe zu tolerieren, was zeigt, dass die ganze Macht der Vereinigten Staaten hinter ihm steht."

"Strenge Gesetzesänderungen bezüglich der Haftung sowohl von Unternehmen, die gegen die Vorschriften verstoßen, als auch von Managern, die für deren Arbeit in Russland verantwortlich sind, könnten die Antwort sein."

Google wurde in den vergangenen Monaten wiederholt zu Geldstrafen verurteilt, weil es Inhalte nicht entfernt hat, die in Russland verboten sind. So zum Beispiel Aufrufe an Jugendliche, an nicht genehmigten Kundgebungen zur Unterstützung des verurteilten Videobloggers Alexei Nawalny teilzunehmen. Das Unternehmen wurde außerdem mit Bußgeldern belegt, da es sich weigerte, Server mit Nutzerdaten russischer Kunden gemäß russischer Gesetzgebung innerhalb des Landes zu lokalisieren. Insgesamt belaufen sich die gegen den Tech-Konzern in Russland verhängten Bußgelder auf mehr als 32 Millionen Rubel (rund 375.000 Euro). Das Unternehmen hat bisher etwa zehn Prozent dieses Betrages gezahlt. Anfang des Monats verbot ein Gericht in Moskau die Anzeige der Website "Umnoe Golosowanie" ("Kluges Wählen") in den Suchergebnissen. Diesmal im Zusammenhang mit den Duma-Wahlen, da die Webpräsenz Wahlagitation betreibt. Google hat den Begriff bisher noch immer nicht gesperrt. Die Webseite steht ebenfalls mit dem inhaftierten Nawalny in Verbindung.

Am Montag suchten Gerichtsvollzieher das Moskauer Büro des US-amerikanischen Tech-Konzerns auf, um die Forderungen der Gerichte zu vollstrecken. Der Anwalt des Unternehmens teilte den Beamten mit, dass es sich bei dem Gebäude um das Büro von "OOO Google" – einem in Russland gemeldeten Unternehmen – und nicht von "Google LLC" mit Sitz in Kalifornien handele. Er wies die Beamten an, sich an das US-Büro zu wenden, um die Geldstrafen einzutreiben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6143100a48fbef23c7607088.JPG>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 16.09.2021
In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Strafruppen der 10. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kotlik die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade **Jasinowataja** mit 120mm-Mörsern beschossen und 16 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kriegsverbrecher der 128. Brigade **Leninskoje** mit Granatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt.

Wie zu erwarten war, haben sich mit dem Erscheinen von Kämpfern der nationalistischen Bande des 46. Bataillons „Donbass“ in der Konfliktzone die zielgerichteten Beschießungen von zivilen Objekten verstärkt. Diese Kämpfer haben eine enorme Erfahrung beim Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Nach der Ankunft in der OOS-Zone verübten die Kämpfer des 46. Bataillons den ersten Beschuss auf **Jelenowka** und **Signalnoje** und feuerten 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm ab. Infolge des Beschusses auf Jelenowka wurde das Haus in der Uliza Perejesdnaja 70 beschädigt, in dem sich zwei Kinder befanden: ein 12 Jahre altes und ein Kleinkind, das 2021 geboren worden ist. Zum Glück wurden die Kinder nicht verletzt. Außerdem wurden in der Uliza Perejesdnaja drei Häuser und zwei zivile Autos beschädigt.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Herstellung eines Regimes der Ruhe einzusetzen, waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik entsprechend den Punkten „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung gezwungen, **das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen** zu erwidern, **um die Feuerstellungen der Kämpfe zu unterdrücken**. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Kämpfer der 58. Brigade haben auf Befehl Kaschtschenkos zweimal **Wesjoloje** mit 24 120mm-Mörsergeschossen beschossen.

Außerdem wurde von den Positionen der 128. Brigade **Leninskoje** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueereinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgstruppenbrigade:

zwei Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ bei Wohnhäusern in Beresowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgstruppenbrigade:

drei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Orlovskoje.

Die internationalen Beobachter stellen weiter **Kriegsverbrechen der ukrainischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung** fest. So bestätigte die Mission im Bericht vom 15. September 2021 die Verletzung von zwei zivilen Einwohnern von Dokutschajewsk infolge des Beschusses am 11. September 2021 von den Positionen der 93. Brigade.

Es ist die Arbeit des Kommandeurs der Besatzungskräfte Pawljuk im Verantwortungsbereich der 25. Brigade festzustellen. Im Vorfeld des außerplanmäßigen Besuchs des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte Salushnyj in der OOS-Zone wurde Pawljuk befohlen, sich persönlich zu kümmern und eine Ermittlung zum Fall durchzuführen, als am

12. September im Gebiet von Werchnetorezkoje ein Kamas-Fahrzeug auf eine Mine geriet, wodurch ein Kämpfer des 503. Marineinfanteriebataillons starb und weitere drei verletzt wurden und sich jetzt in ernstem Zustand im Hospital von Krasnoarmejsk befinden. Auf einer vertraulichen Sitzung mit dem Kommandeur Sentschenko und den Leitern der Dienste der 25. Brigade lenkte der Kommandeur der OOS die Aufmerksamkeit darauf, dass die Nutzung von Fahrzeugen ohne „Symbolik des GZKK“ für den Transport von Munition an die Frontpositionen vermieden werden muss. Dazu wurde der für den rückwärtigen Dienst zuständige stellvertretende Kommandeur angewiesen, am Laderaum der Lastwagen die Bezeichnung der Beobachtergruppe des GZKK der Ukraine anzubringen. Wir merken an, dass die Nutzung der Symbolik des GZKK an den Frontpositionen durch Kämpfer der Ukraine zum ersten Mal bereits Anfang dieses Jahres von unseren Beobachtern bemerkt wurde. Bis heute habe wir mehr als 30 Fälle festgestellt, in denen die Aufschrift GZKK der Ukraine die Verbrechen der Kämpfer deckt. Gleichzeitig teilte Pawljuk auf der Sitzung mit, dass die Kommandeure von Einheiten während des Besuchs des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone den provokativen Beschuss des Territoriums der Republik verstärken werden, um eine Erwiderung des Feuers hervorzurufen. Außerdem hat nach uns vorliegenden Informationen im 503. Marineinfanteriebataillons ein Mitarbeiter des Unternehmens „UAPROM“, der Nationalist Semjon Kryssow, drei Drohnen „Phantom-2“ übergeben, die mit Einrichtungen zum Abwurf von Geschossen ausgerüstet sind. So müssen in der nächsten Zeit neue Provokationen von Seiten des Gegners in Richtung Donezk erwartet werden.

snews.de: Nato-Verstärkung nahe westlicher OVKS-Grenzen schafft Bedingungen für Militärprovokationen – Minsk

Die Verstärkung der Nato-Präsenz nahe der westlichen Grenzen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) schafft Bedingungen für Militärprovokationen und militärische Zwischenfälle. Dies erklärte Weißrusslands Staatschef Alexander Lukaschenko am Donnerstag.

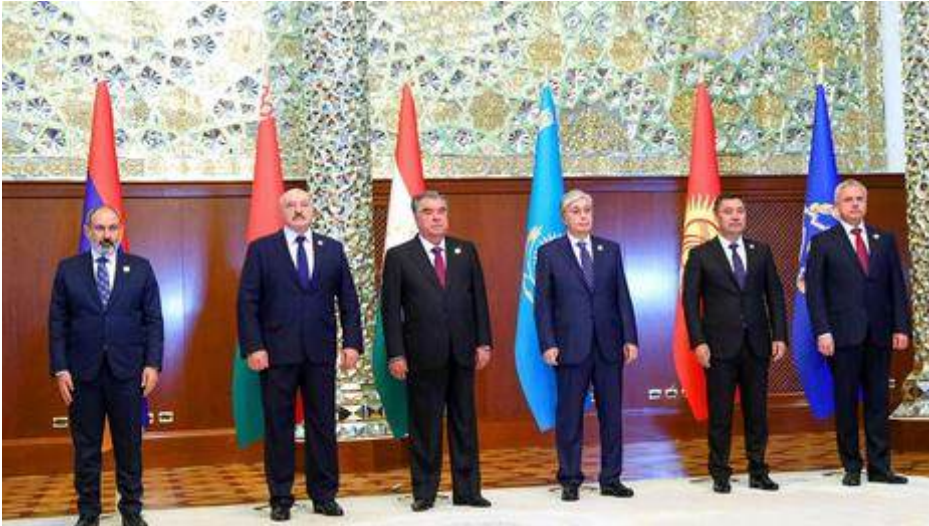
Im Rahmen des OVKS-Gipfels in Duschanbe erklärte Lukaschenko laut seinem Pressedienst wie folgt:

„Eine gefährliche Tendenz ist die Zuspitzung der Lage nahe den westlichen OVKS-Grenzen. Die Militärpräsenz der USA weitet sich in Westeuropa aus, dabei vergrößern sich die Kampfmöglichkeiten der Koalitionsbildungen der Nato-Länder (...) Das alles schafft Bedingungen für militärische Provokationen und Zwischenfälle nahe unserer Grenzen.“

Der weißrussische Staatschef verwies darauf, dass in diesem Jahr die Allianz eine Serie von Militärübungen im Baltikum und in der Ukraine durchgeführt habe. Lediglich in den letzten fünf Jahren habe sich deren Zahl verdoppelt, also bis auf 90 Großmanöver pro Jahr. Die Zahl der beteiligten Truppen vergrößert sich demnach von 60.000 bis auf 110.000 Militärs.

„Dabei reagieren unsere baltischen Nachbarn – Polen und die Ukraine – ziemlich nervös auf das planmäßige belarussisch-russische Manöver Sapad 2021. Sie sind tatsächlich zu Ende, aber das Gelärm vom Territorium des Westens ist bislang in der ganzen Welt zu hören, obwohl die Übungen ausschließlich eine Verteidigungsorientierung haben“, betonte Lukaschenko.

Dem 1992 gegründeten Sicherheitsbündnis gehören sechs Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion an: Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/10/3597542_0:0:3111:1750_1920x0_80_0_0_c8717117d88c52ecd5f27a850a97fe85.jpg

de.rt.com: **Australien schließt "Verteidigungspakt" mit USA und Großbritannien gegen China ab**

Australien hat sich mit den USA und Großbritannien auf eine Verteidigungskooperation in der Indopazifik-Region geeinigt. Die Partnerschaft namens AUKUS soll China entgegenwirken. Deswegen hat Australien den Rekordverteidigungsvertrag mit Frankreich abgebrochen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Australien haben vereinbart, in Sicherheitsfragen, auch im Verteidigungsbereich, zusammenzuarbeiten. Die Partnerschaft trägt den Namen AUKUS und wird sich auf die Indopazifik-Region konzentrieren. Dies teilten der australische Premierminister Scott Morrison, US-Präsident Joe Biden und der britische Premierminister Boris Johnson gemeinsam während einer virtuellen Konferenz mit, berichtete Bloomberg. Biden erklärte:

"Wir alle erkennen die Notwendigkeit an, langfristig Frieden und Stabilität in der indopazifischen Region zu gewährleisten. Die Zukunft jedes unserer Länder und sogar der Welt hängt von einer freien und wohlhabenden indopazifischen Region ab."

Im Rahmen der Vereinbarung werden die Länder fortschrittliche Technologien austauschen. Außerdem wollen sie die Zusammenarbeit in Bereichen wie Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz ausbauen. Der Pressedienst der britischen Regierung teilte mit:

"AUKUS wird eine tiefere Integration von Wissenschaft, Technologie, Industriestandorten und Lieferketten fördern."

Die westlichen Verbündeten wollen damit der Stärkung Chinas im militärischen und technologischen Bereich entgegenwirken, schrieb die Nachrichtenagentur Politico. Auch der US-Fernsehsender ABC berichtete, dass die neue Partnerschaft dem regionalen Einfluss Pekings, insbesondere im umstrittenen Südchinesischen Meer, entgegenwirken muss.

Die erste große Initiative von AUKUS wird darin bestehen, Australien mit einer nuklearen U-Boot-Flotte auszurüsten. Drei Länder werden in den nächsten 18 Monaten an dieser Aufgabe arbeiten. Wie Morrison vorgab, werden die U-Boote in Australien in enger Zusammenarbeit mit Großbritannien und den USA gebaut. Johnson wiederum sagte:

"Nur wenige Länder verfügen über Atom-U-Boote. Für jedes Land ist der Erwerb dieses riesigen Potenzials eine wichtige Entscheidung."

Wie Politico feststellte, verfügt Australien nicht über die notwendigen Materialien, um solche U-Boote zu bauen, was bedeutet, dass die Partner sich darüber einigen müssen, wie Australien diese Materialien erhält. Im Jahr 2010 unterzeichneten Washington und Canberra ein Abkommen, in dem sich Australien verpflichtete, aus den USA geliefertes Kernmaterial weder anzureichern noch zu verarbeiten. Morrison sagte, Australien werde alle seine

Nichtverbreitungsverpflichtungen einhalten. Das Land werde keine Atomwaffen einsetzen, sondern nur Atomreaktoren einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer neuen Partnerschaft kündigte Australien einen Rekordvertrag mit dem französischen Marineschiffbauunternehmen Naval Group. Morrison sagte, er habe das französische Unternehmen und den französischen Präsidenten Emmanuel Macron bereits über die Entscheidung informiert, sich aus dem Projekt zurückzuziehen. Er sagte:

"Frankreich bleibt ein unglaublich wichtiger Partner im Pazifik. Aber als Premierminister muss ich Entscheidungen im Interesse der nationalen Sicherheit Australiens treffen. Ich weiß, dass Frankreich dasselbe tut. Ich weiß auch, dass diese Entscheidung irgendwann verstanden wird."

Australien hatte im Jahr 2016 mit der Naval Group einen Vertrag über den Bau von zwölf konventionellen U-Booten unterzeichnet. Die Kosten des Projekts sollten 66 Milliarden US-Dollar (rund 56 Milliarden Euro) betragen. Dieser Auftrag sollte der teuerste in der Geschichte der australischen Marine sein. Der Vertrag sah nicht nur die Lieferung von U-Booten vor, sondern auch die Schaffung der Infrastruktur für ihre Basis sowie die technische Unterstützung und Ausbildung der Besatzungen für 50 Jahre.

Die Naval Group gab nach dem Erscheinen von Informationen über die Entscheidung Australiens, mit Hilfe Großbritanniens und der Vereinigten Staaten Atom-U-Boote zu bauen, eine "ernste Enttäuschung" bekannt. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian und die französische Verteidigungsministerin Florence Parly gaben eine gemeinsame Erklärung ab:

"Die Entscheidung der USA, die einen Verbündeten und europäischen Partner wie Frankreich von einer langfristigen Partnerschaft mit Australien ausschließt, zu einer Zeit, in der wir im Indopazifik vor beispiellosen Herausforderungen stehen, zeigt einen Mangel an Konsequenz. Frankreich kann dies nicht übersehen und bedauert es."

Die chinesische Botschaft in Washington forderte Australien, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich auf, das Denken des Kalten Krieges im Zusammenhang mit der Schaffung der neuen Verteidigungspartnerschaft AUKUS aufzugeben. Der chinesische Botschafter in den USA sagte, dass Länder keine exklusiven Blöcke bilden sollten, die auf die Interessen Dritter abzielen oder diesen schaden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/61430fafb480cc64350476e9.JPG>